

# Internationale Nachrichten

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **157 (1991)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## Österreich

### Reformen im Bundesheer

Die Strukturen von Verteidigungsministerium und Führung des Bundesheeres werden derzeit neu geregelt. Unter dem Motto «schlanker und effizienter» soll das Verteidigungsministerium in Wien reformiert werden. Zwar wird sich an der Zahl der fünf Sektionen nichts ändern, doch wurde das bisher in der Sektion III integrierte Armeekommando bereits vor einigen Monaten ersatzlos aufgelöst. Seine Aufgaben werden nun von der Sektion des Generaltruppeninspektors wahrgenommen. Die neue Sektion III wird sich nun voll der Ausbildung und dem Dienstbetrieb im Heer widmen können. Hier wurde tatsächlich eine sinnvolle Zusammenlegung von Kompetenzen durchgeführt.

Im wesentlichen unverändert blieben die Sektionen I (Präsidial- und Rechtswesen), II (Personal- und Ergänzungswesen) sowie IV (Beschaffung und Versorgung). Zehn Abteilungen wurden insgesamt aufgelöst beziehungsweise zusammengelegt, um Zweigleisigkeiten zu vermeiden und damit bürokratische Dienstwege möglichst zu verhindern.

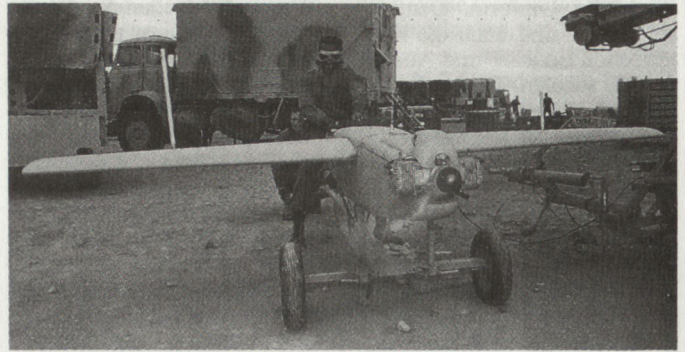
Dem Ministerium nachgeordnet gibt es seit 1. Oktober 1991 drei Korpskommandanten (bisher zwei): Ein drittes Korpskommando wurde in Baden bei Wien errichtet, in dem das bisherige Kommando der Panzergrenadierdivision aufgeht. Die alte Konstruktion eines Armeekommandos mit nur zwei Korpskommandanten, in Graz und Salzburg, war nach den Vorstellungen des damaligen Verteidigungsministers Lütgendorf (ab 1970) auf

den möglichen Ost-West-Konflikt zugeschnitten. Kritiker der damaligen Strukturförderung haben deren Notwendigkeit allerdings heftig bezweifelt!

Die nun erfolgte Dreiteilung, wie sie bereits in den Jahren 1956 bis 1970 bestand, in die Bereiche Süd-Ost (Korpskommando I für Steiermark, Burgenland und Kärnten), West (Korpskommando II für Salzburg, Tirol und Vorarlberg) sowie Nord-Ost (Korpskommando III für Nieder- und Oberösterreich) bietet sich aufgrund der wehrgeographischen Gegebenheiten an und erlaubt eine flexible Reaktion auf alle jetzt beurteilbaren Bedrohungsmöglichkeiten. Die Friedensorganisation entspreche damit besser der Einsatzorganisation, die Gliederung sei nicht mehr verwaltungsorientiert, sondern aufgabenorientiert, versichert man im Verteidigungsministerium.

Der aus der Korpsführungsstruktur herausgehaltene Militärkommandobereich Wien bildet nun aufgrund der besonderen Situation ein selbständiges Kommando mit spezifischen Unterstützungsaufgaben.

Der nächste Schritt soll eine Organisationsreform im Bereich der Truppe sein. Nachdem der Mobilmachungsumfang des Bundesheeres sich um etwa 50 Prozent vermindern wird (derzeit etwa 250 000 Mann) soll auch die Friedensorganisation diesem Umfang angepasst werden. Es sollen wesentlich mehr präsenzte Kräfte als bisher vorgesehen werden, um Einsätze, wie zur Hilfe bei der Grenzüberwachung oder bei Katastrophenfällen, besser bewältigen zu können. TPM



Standlauf des MART, der 3½ Stunden lang fliegt, zwischen 100 und 220 km/h schnell ist und dabei mit einer Fernsehkamera Echtzeitinformationen liefert.

110 kg Gewicht. Die Reichweite beträgt je nach Flughöhe (zwischen 300 und 1000 m) und Einsatzbedingungen 50 bis 100 km. Die Flugzeuge sind je mit einer Fernsehkamera bestückt, deren Bilder auf UHF sofort an die Leitstation übertragen werden. Es ist vorgesehen, spätere Versionen mit Infrarotkamera und GPS (Satellitenortung) zu versehen.

Die MART sei einfach, zuverlässig, leicht zu bedienen und viel kostengünstiger als ihre Konkurrenten, wird behauptet. Ein System soll zirka 1 Mio. FF kosten.

Im Golfkrieg kam hingegen die britische Aufklärungsdrohne Phoenix wegen technischer Schwierigkeiten in der Produktion nicht zum Einsatz. Ein Grund mag in der Tatsache liegen, dass er mit dem Artilleriefireerleitsystem Bates kompatibel sein sollte, was zu spät definiert wurde. Seit den ersten Versuchen im Jahre 1989 mussten auch der Rechner, der Antrieb und die Bergungseinrichtungen ausgewechselt werden. Im August 1992 sollte es dann so weit sein.

Die britische Drohne Banshee 300 der Firma Target Technology Ltd wurde in Nacheinsätzen im Golfkrieg getestet. Bisher wurden über 1500 Banshee produziert und an 23 Länder ausgeliefert. Sie fliegen über 90 Minuten mit einer Spitzengeschwindigkeit von 370 km/h und einem Aktionsradius von 35 km. Die Traglast beträgt allerdings nur 18 kg. Im Studium befindet sich eine verbesserte Version Spectre mit 4 bis 6 Stunden Flugdauer und 38 kg Nutzlast.

Nebst den oben erwähnten Modellen flogen auf amerikanischer Seite im Golfkrieg auch die Scout und die Pioneer, die von der US Army vor allem für die Artillerieaufklärung eingesetzt wurden. Bt

### Saddams «Geschenke»: Mühsame Kampfmittelbeseitigung

Im Golfkrieg wurde einmal mehr klar, dass auf den terrestrischen Vorstoss – trotz Einsatz hochtechnisierter Luftkampfmittel – nicht verzichtet werden kann. Deshalb spielten auch für die irakischen Verteidiger Befestigungsmassnahmen eine tragende Rolle. Zu diesen müssen die Stellungen, die Bunker, die Unterstände für Mannschaften und Panzer, die Minenfelder gezählt werden: Alles Einrichtungen, die den Alliierten einiges Kopfzerbrechen beim Gedanken an den Vormarsch zu Lande bereiten, hatte doch der Irak vom 2. August 1990 bis zum Ausbruch der Kämpfe am 15. Januar 1991 genügend Zeit, sein Terrain bis in die Tiefe zu befestigen. An den Grenzen Kuwaits nach Norden und Westen hin, zwischen Kuwait und dem Irak entstanden Tausende von Verteidigungsstellungen mit massiven Feldbefestigungen, Hunderte von Minenfeldern, Gräben und Erdwällen zur Panzerabwehr.

Nach Beendigung des Krieges geht es jetzt darum, die Schlachtfelder zu räumen. Zu diesem Zweck hat Frankreich zum Beispiel zwei Genie-Regimenter seiner Golf-Division Daguet zur Verfügung gestellt. Nun räumen sie zusammen mit amerikanischen, britischen, kanadischen und saudi-arabischen Truppen Kuwait. Dabei fiel den Franzosen die heikle Aufgabe zu, nebst der Minensuche auch die Stacheldrahtverhaue und die befestigten Gräben zu räumen, die die Iraker über 30 km an der Seefront errichtet haben. Bereits sind die Botschaften vieler Länder in Kuwait-City geräumt und wiedereröffnet worden.

Die Entschärfung der Minen

## Frankreich

### Einsatz von Drohnen im Golfkrieg

Frankreich setzte zur Unterstützung seiner Golf-Division Daguet den MART (Mini-Avion-de-Reconnaissance-Télépilote) ein zur Erkundung des Geländes und zur Zielerfassung. Diese Drohne ist

die erste ihrer Art, die vollständig in Frankreich hergestellt wurde.

Das Drohnensystem MART war dem 8. Artillerie-Regiment zugeteilt, wo es im Jahre 1990 eingeführt worden war. Das System besteht aus einer Kontrollstation, einer Abschussvorrichtung und 5 Flugkörpern von je 3,3 m Spannweite und



**Ein Geniesoldat der französischen Fremdenlegion an der Arbeit: Die Entminung von Hand garantiert als einzige die sichere Entfernung der Mine, obschon diese Art von Vorgehen für den Soldaten sehr gefährlich ist. Vorgängig wurde der Boden mit Spürgeräten abgesucht.**

erfordert starke Nerven. Die Genisten tasten – auf den Knien vorrückend – sorgfältig den Boden mit einer Sonde ab. Findet man eine Mine, wird sie sorgfältig von Hand (!) ausgegraben, dann durch einen Sprengspezialisten entschärft. Soldaten in diesem Einsatz werden alle 20 Minuten abgelöst, damit ihre volle Konzentration nicht nachlässt!

Diese Arbeit sollte eigentlich bereits vor Monaten beendet sein, wurden doch 10 500 Minen entlang der Küste durch französische Truppen entschärft und 14 Botschaften gereinigt. Doch ist noch kein Ende abzusehen.

Im Norden Iraks standen bei Süri vier belgische Spezialisten im Einsatz. Sie sammelten Munition, die die Irakis zurückgelassen hatten. In 14 Tagen waren es 4843 Granaten und Raketen mit einem Gesamtgewicht von 28 Tonnen russischer, chinesischer, englischer, französischer, amerikanischer und belgischer Provenienz.

Wahrlich: Erinnerungstücker besonderer Art! Bt

### Die französischen Optionen bei der nuklearen Abrüstung

Bisher hat Frankreich nicht an Abrüstungsverhandlungen teilgenommen, weil es sein A-Waffen-Potential für umfangmäßig minimal, mit amerikanischen und sowjetischen Arsenalen nicht vergleichbar und als Dissuasionskraft betrachtete. Deshalb verfolgte es auch gegenüber der NATO eine eigenständige Politik.

Zurzeit stellt sich die Frage, ob Frankreich auf diesem Gebiet seine Haltung gegenüber einem neu entstehenden europäischen Sicherheitssystem ändern wird. Dabei ist zu beachten, dass die nuklearen Mittel der USA in Europa ihre

Bedeutung gegenüber den britischen und französischen A-Waffen-Systemen einbüßen werden.

Für Frankreich ist die Proliferation und Verbreitung nuklearer Waffen und Trägersysteme in Länder der Dritten Welt (Indien, Pakistan, Irak, Libyen, Argentinien usw.) schwerwiegend und bringt drei Probleme mit sich:

– Mit seiner Lage am Mittelmeer liegt Frankreich im Wirkungsbereich von Angriffen aus dem Maghreb und Machrek, wo instabile, hochgerüstete Staaten anzutreffen sind.

– Als Weltmacht interveniert Frankreich oft in Drittweltkonflikten (Libanon, Tschad, Persischer Golf). Es könnte da Opfer von A- und C-Angriffen werden.

– Die meisten der obenerwähnten Länder kennen den Begriff der «Dissuasion» nicht. Sie könnten ohne weiteres Erstschläge gegen französische Flugzeugträger oder französische Einrichtungen im Ausland führen.

Für Frankreich ist somit das Risiko, bei einer lokalen Krise in die nukleare Eskalation mit einbezogen zu werden, erheblich gestiegen. Im Gegensatz zu den USA und der UdSSR sind die nukleare Doktrin und die A-Waffen dieses Landes nicht für diesen Fall konzipiert.

Daraus geht hervor, dass unser Nachbarland sein prästrategisches Arsenal den neuen operationellen Bedingungen anpassen muss, die da anders als im Ost-West-Konflikt gelagert sind: Es sollte seine Mittel selektiver einsetzen können, und dies aufgrund einer klaren Doktrin, die zurzeit (noch?) fehlt.

Drei Prinzipien sind hierfür entscheidend:

– Auf **technischem** Gebiet müssen die Systeme flexibler, anpassungsfähiger und qualitativ besser werden. Flexibel

bedeutet, dass sie eventuell einem multinationalen Projekt zur Verfügung gestellt werden, damit sie unterschiedlichste Aufträge in Europa und ausserhalb unseres Kontinents ausführen können.

– **Politisch** gesehen dürfen Frankreichs A-Waffen nie so eingesetzt werden, dass sie zwar Frankreichs Interessen schützen, die Solidarität mit Frankreichs Verbündeten aber unterlaufen. Eventuelle Gegner müssen abgeschreckt werden, die öffentliche Meinung aber hinter der Strategie stehen.

– Für Frankreich, das nur wenige A-Waffen-Träger besitzt, hat deren zahlenmässige Reduzierung keinen Sinn, so wie sie etwa beim A-Waffen-Reduktionsvertrag (START) zwischen den USA und der UdSSR vorgesehen ist.

Wenn schon das «nukleare Tabu» gebrochen werden soll, dann aber gleichzeitig überall auf der Welt. Warum soll hier ein entwickeltes Land wie Frankreich das «Opfer» sein und nicht die aufstrebenden «Nuklearländer» der Dritten Welt? Bt

## International

### Antiraketen-Raketen

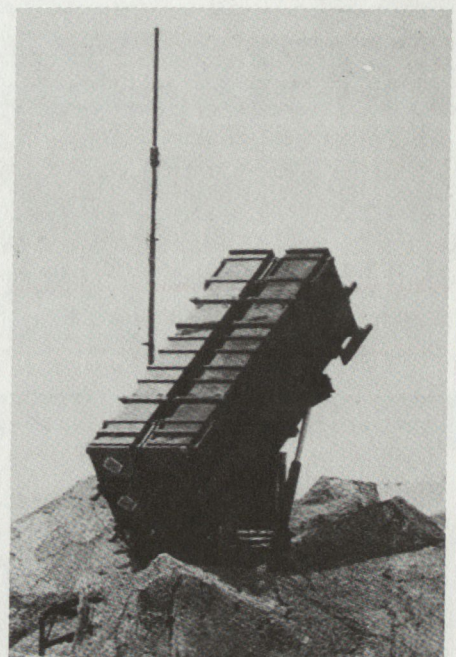
Der Golfkrieg bot unter anderem die Gelegenheit, den Einsatz von Antiraketen-Raketen ATBM (Anti-Tactical Ballistic Missile) zu testen.

Von 83 durch Irak abgeschossenen Scud-Raketen wurden 47 durch Patriot-Flugkörper abgefangen. Insgesamt waren 158 Patriots verschossen worden, im Schnitt zwei für eine Scud-Rakete. Dies stellt einen guten Erfolg dar, wenn man bedenkt, dass Patriot ursprünglich als Boden-Luft-Lenkwaaffe konzipiert wurde. Ausserdem ist zu beachten, dass die verlängerte Scud (Al Hussein) in 12 bis 15 km Höhe infolge Konstruktionsschwächen bei Mach 6 in zwei Teile zerbrach. Jeder Teil bekam

dabei eine unprogrammierte Flugbahn, was deren Zerstörung sehr erschwerte und ihre Zielgenauigkeit erklärt.

Der Einsatz von ATBM-Raketen verringert das Interesse eines Gegners an Überraschungsangriffen. Auch wenn er nicht zu 100% Erfolg verspricht, spielt er eine wichtige Rolle für den Erhalt von Ruhe in der Zivilbevölkerung. Ein ATBM-Netz bringt einem Land einen wesentlich grösseren politischen Handlungsspielraum.

Seit Mitte der achtziger Jahre haben viele Länder im Mittleren Osten Raketenlager angelegt (Algerien, Saudi-Arabien, Ägypten, Irak, Iran, Israel, Kuwait, Libyen, Syrien, Yemen). Die meisten Raketen stammen aus der Sowjetunion (Scud-B, Scud-C, Frog-7) oder



**Patriot-Stellung in Saudi-Arabien: Während des Golfkrieges wurden insgesamt 158 Patriot-Lenkwaaffen abgeschossen.**



Reste einer irakischen Scud nordwestlich von Riyadh.

China (CSS-2). Ägypten versucht sich in Eigenkonstruktion.

Die Grossmächte sowie weitere Länder versuchen, ihr Raketenarsenal abzubauen. Dies ist bei Drittweltländern aber gar nicht der Fall. Dort strebt man nach dem Besitz von A-Waffen und Trägerraketen, auch wenn die Grossmächte ein Embargo für Technologieexporte dekretieren sollten. Vor Ende dieses Jahrtausends werden einige Länder der Dritten Welt vermutlich über Interkontinentalraketen verfügen (ICBM) mit grösserer Reichweite und zunehmender Präzision: Iraks Tammuz-Rakete hatte schon 2000 km Reichweite, die indische Agni 2500 km.

Im Golfkrieg hat man gesehen, – dass eine Raketenbedrohung aus Entwicklungsländern real ist;

– dass es sehr schwer ist, gegnerische ballistische Raketen aufzuspüren und zu zerstören; – dass eine aktive Verteidigung gegen solche Raketen im Felde zufriedenstellend funktionieren kann.

Im Golfkrieg kam die Version PAC-2 der Patriot zum Einsatz. Inzwischen ist die PAC-3 in die Erprobung gegangen mit einer bimodalen Selbstlenkeinrichtung, die einen aktiven Radar mit der passiven elektromagnetischen Lenkung kombiniert. Ausserdem entwickeln die USA zusammen mit Israel die Arrow, Reichweite 70 bis 90 km, Interzeption in 10 bis 40 km Höhe. Sie kann Boden-Boden-Raketen mit weniger als 1000 km Reichweite zerstören. Eine Batterie Arrow wird genügen, um eine grosse Agglomeration zu schützen (bisher waren hierfür vier Patriot Bttr nötig). Auch in andern Ländern sind Entwicklungen im Gange.

Obschon die NATO der Luftverteidigung einen hohen

Stellenwert beimisst, wurde in den achtziger Jahren praktisch nicht viel realisiert:

- der Modernisierungsschub verflachte zunehmend;
- die Anzahl der Luftverteidigungstruppen nahm ab;
- die strukturellen und technischen Verbesserungen des NATO Air Defense Ground Environment (NADGE), die vor 15 Jahren als unabdingbar bezeichnet wurden, sind nicht verwirklicht worden. Das Air Command and Control System z. B. wurde nicht weiterentwickelt. Die NATO-Länder konnten sich nicht auf ein Identifikationssystem (IFF) einigen, obschon der WAPA aufrüstete und neue Bedrohungsformen auftauchten (Kampfheli, ballistische Raketen, Cruise Missile, unbemannte Flugzeuge, Anti-Radar-Raketen, Luft-Boden-Waffen mit grosser Reichweite).

Weiter sind in Rechnung zu stellen

- die riesige Zunahme des zivilen Luftverkehrs in den nächsten Jahren,

- das Risiko, dass terroristische und/oder kriminelle Organisationen sich hochmoderne Waffensysteme beschaffen.

Europas Verwundbarkeit aus der Luft hat somit eindeutig zugenommen. Es ist denkbar, dass Regierungen deshalb von Raketenbesitzern erpresst werden könnten. 1989 hatte das NADGE eine Reihe von Vorschlägen gemacht, doch vergebens, da die europäischen Länder dazumal kein Antiraketen-System wollten. Man schwor auf rein passive Massnahmen (Befestigungen, Tarnung, Scheinziele, EGM) und wollte nur die bestehenden Luftabwehrsysteme modernisieren (Roland, Rapier, Crotale Hawk). Inzwischen wurde aufgezeigt, dass ein derartiges Unterfangen die finanziellen Aufwendungen nicht lohnt.

Die einzige echte Alternative besteht in der Entwicklung

einer neuen Generation von Luftabwehrraketen. Eine Grundsatzklärung der NATO liegt hiezu vor. Vorbedingung ist allerdings ein gut funktionierendes Frühwarn- und C3-System (die Studien hiezu kommen in der NATO aber nur langsam voran).

Aus dem Gesagten ist ersichtlich, dass Europa ein Abwehrsystem gegen die Bedrohung aus der Luft und aus dem Weltraum braucht. Hiezu sind spezialisierte Antiraketen-Raketen nicht unbedingt nötig; idealerweise müsste ein Luft-

verteidigungssystem verfügbar sein, das auch die neuen Bedrohungsarten mitberücksichtigt.

Wenn Europa in der NATO eine entscheidende Rolle spielen will, muss es den eigenen Luftraum als ein Ganzes betrachtet, das als Ganzes verteidigt werden muss. Eine gemeinsame, energische Luftverteidigungspolitik käme bestimmt nicht zu früh; sie könnte sogar den europäischen Integrationsprozess beschleunigen. Bt

## Deutschland

### Wie sollen die Überbestände bei den Waffensystemen abgebaut werden?

Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vom November 1990 ist das umfassendste und weitestreichende Abkommen in der Geschichte der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vorrangiges Ziel dieses Vertrages ist ein niedrigeres Niveau konventioneller Streitkräfte in Europa. Hierzu wurden von den Vertragsstaaten entsprechende Obergrenzen vereinbart. Nach der deutschen Vereinigung und der entsprechenden vollständigen Übernahme der NVA-Waffensysteme sieht sich nun die deutsche Bundeswehr in nächster Zeit zu massiven Reduktionen gezwungen. Die für Deutschland gültigen Bestände an vertragsrelevantem Gerät (Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artilleriesysteme, Kampfhelikopter und Kampfflugzeuge) sind der

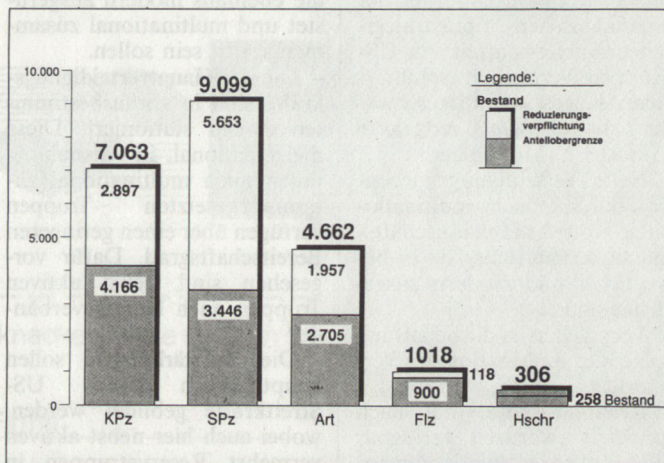
nachfolgenden Übersicht zu entnehmen.

Wie die Reduktionen zu erfolgen haben, ist im Artikel VIII des entsprechenden Vertragstextes festgehalten. Dabei werden verschiedene Möglichkeiten des Waffenabbaus aufgezeigt:

- Zerstören oder Verschrotten,
- Transfer an andere Vertragspartner,
- Konversion oder Umwandlung in zivil nutzbare Geräte,
- Umwandlung in Ausbildungs- oder Ausstellungsmittel usw.

Alle Varianten der Reduktion unterliegen strengen Bestimmungen. Wie in andern Streitkräften wird auch in Deutschland die Zerstörung oder Verschrottung von Waffensystemen im Vordergrund stehen. Daneben ist auch die Möglichkeit des Waffentransfers innerhalb der im Vertrag festgehaltenen Grenzen vorgesehen.

Nach Angaben der deutschen Bundesregierung haben



Übersicht über Bestände, VKSE-Obergrenzen und Reduzierungsverpflichtungen.

bisher insgesamt 27 Staaten ihr Interesse an der Beschaffung von Waffen und Ausrüstung von früherer NVA der DDR angemeldet. Im Zusammenhang mit dem Golfkrieg war NVA-Material bereits an die USA, Frankreich, Griechenland und die Türkei geliefert worden. Im weiteren erhielten auch Ägypten und Israel kostenlos ABC-Schutzmaterial. Ferner seien bisher nur Kaufverträge mit Uruguay und Finnland abgeschlossen worden, erklärte der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Hennig, in Bonn. Die Einzelheiten über die geplanten Lieferungen werden vertraulich behandelt. Im Falle von Finnland verweisen wir auf den Beitrag in Nr. 10/91 (Seite 582). Als weitere Interessenten für NVA-Waffen und Geräte werden Schweden, die Schweiz, Österreich, Malta, Ecuador, Thailand, Algerien, Indien, Indonesien, Nord-Korea, Madagaskar, Pakistan, Peru und Singapur genannt. Zudem sind

auch weitere Lieferungen an die Türkei und aus politischen Gründen möglicherweise auch an Griechenland nicht auszuschließen. Von den insgesamt über 10 000 abzubauenen Waffen sollen aber nicht mehr als 1000 Systeme an sogenannte Bündnisländer transferiert werden. Bei diesen Transfers wird deutlich vereinbart, dass das von deutscher Seite zu liefernde Material nicht aus dem Anwendungsgebiet des KSE-Vertrages verbracht wird.

Die Bundeswehr hat auch die Absicht, in den nächsten Jahren etwa 2000 Kampf- und 1000 Schützenpanzer sowie weiteres militärisches Grossgerät (unter anderem Artilleriesysteme) einzumotten. Die Kampffahrzeuge und Geschütze sollen kostengünstig und umweltverträglich eingelagert werden. Trotz besonderen Vorkehrungen gegen Korrosion soll sichergestellt sein, dass sie nach kurzer Zeit und ohne grossen Aufwand wieder einsatzbereit gemacht werden können.

## NATO

### Die Restrukturierung der alliierten Streitkräfte

Entsprechend dem Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Mitteleuropa bis 1994 und der Verwirklichung des Truppenabbaus in Europa (gemäss CFE-Vertrag) sollen bis 1995 auch die NATO-Verbände umstrukturiert werden. Bisher sind dazu folgende Eckdaten bekannt geworden:

– Halbierung der US-Präsenz in Deutschland auf noch ca. 160 000 Mann. Limitierung der amerikanischen prästrategischen Nuklearwaffen. An US-Truppen verbleiben somit: 1 Army-Korps, 4 Luftgeschwader sowie die reduzierte 6. Flotte im Mittelmeer.

– Neue Verteidigungskonzeption durch Präsenz multinationaler Korps, die mannschaftsmässig kleiner, aber dafür beweglicher und modern ausgerüstet sind.

Vorgesehen ist die Schaffung folgender multinationaler Verbände:

– **Reaktionskräfte**, die nach kurzer Vorwarnzeit verfügbar sind und unter dem Kommando oder der operativen Kontrolle eines NATO-Kdt einem

allfälligen Angreifer sofort entgegentreten können. Unterschieden wird zwischen unmittelbaren Reaktionsverbänden, die nach dem Vorbild der bereits existierenden schnellen Eingreiftruppen (AMF) aufgebaut sind. Sehr gut ausgebildete multinationale Verbände von je ca. 5000 Mann, die rasch irgendwo in Europa eingesetzt werden können.

Dazu kommen neu bei allen Teilstreitkräften (Land, Luft und Marine) sogenannte schnelle Reaktionsverbände, die ebenfalls modern ausgerüstet und multinational zusammengesetzt sein sollen.

– Die **Hauptverteidigungs-kräfte** sind in vorausbestimmten Zonen stationiert. Diese meist national, in Ausnahmefällen auch multinational zusammengesetzten Truppen verfügen über einen geringeren Bereitschaftsgrad. Dafür vorgesehen sind nebst aktiven Truppen auch Reserveverbände.

– Die **Verstärkungen** sollen hauptsächlich durch US-Streitkräfte gebildet werden, wobei auch hier nebst aktiven vermehrt Reservetruppen in Frage kommen. Diese Verbände sind aber erst nach längerer

Vorbereitungszeit einsetzbar (Luftbrücken, Seetransporte usw.). Sie sind als operative Reservens vorgesehen, die Verbände sollen aber keiner bestimmten Region zugeteilt sein.

Bisher ist über die neue NATO-Streitkräftezusammensetzung nur wenig bekannt geworden. Die schnellen Reaktionskräfte sollen ungefähr 70 000 Mann umfassen, wobei hier ein Korps unter britischem Kommando mit multinationalem HQ gebildet werden soll. Diesem Armeekorps könnten die 1. britische Panzerdivision und 1. britische Mech Infanteriedivision sowie eine luftbe-

wegliche Division aus deutschen, niederländischen, belgischen und britischen Elementen in Deutschland angehören. Dazu kämen noch eine italienische Division mit evtl. türkischen und griechischen Komponenten in Südeuropa. Bei Bedarf könnten die schnellen Reaktionskräfte durch eine US-Division auf einen Maximalbestand von gegen 100 000 Mann verstärkt werden.

Die benötigte Luftunterstützung (Kampf- und Transportflugzeuge sowie Helikopter) kämen grösstenteils aus den USA, und die Logistik soll im Mittelmeer basiert werden.

Bt

## UDSSR

### Fragen über Fragen zu den «sowjetischen» Streitkräften

Im Zusammenhang mit dem Putsch in der Sowjetunion konnten die USA mit Befriedigung feststellen, dass der Kommandant der strategischen Nuklearstreitkräfte einen Teil des A-Waffen-Arsenals, insbesondere die Lenkwaffensysteme SS-25, während der kritischen Tage deaktiviert hatte. Von den annähernd 30 000 sowjetischen Nuklearsprengköpfen befinden sich 65 Prozent auf dem Boden der Russischen Republik, die übrigen in der Ukraine, in Kasachstan und Weissrussland. Die Ukraine wünschte, von derartigen Stationierungen befreit zu werden (Tschernobyl!), steht doch der Hauptteil der strategischen Kräfte auf deren Staatsgebiet: 75 Prozent der 1300 ballistischen Systeme, die 61 Nuklear-U-Boote und 175 strategische Bomber.

Das eigentliche Problem bilden die taktischen A-Waffen, vorwiegend auf russischem Boden. Sie sollen laut sowjetischen Behörden aus den Gefahrenregionen entfernt worden sein (südliche Republiken, Baltikum) und zurzeit in Russland aufbewahrt werden.

In Zukunft wird kaum jede Republik über strategische Streitkräfte verfügen. Die grosse Neuerung wird sein, dass die Streitkräfte der Kontrolle der Politiker und der gewählten Parlamente unterstellt werden. Vermutlich wird die Zentralmacht die strategischen Kräfte (260 000 Mann), die Luftverteidigungs-kräfte

(500 000), die Luftwaffe (420 000) und die Marine (400 000) überwachen, doch diese Zahlen werden merklich reduziert werden.

Für die zukünftigen Landstreitkräfte (evtl. ein Berufsheer) wird die Zahl von 1 400 000 Mann genannt, die in Schnelle Eingreiftruppe (unter dem Kommando der Zentralregierung) und Territorialkräfte (unter der Aufsicht der Republiken) aufgeteilt werden dürften.

Ausserdem werden die Nuklearsprengsätze von derzeit 8000–9000 auf 2000 reduziert werden müssen, da nach den START-Verhandlungen dieses riesige Arsenal immer noch vorhanden ist. Widerstand wird Reduzierungsvorschlägen bestimmt von seiten des militärisch-industriellen Komplexes erwachsen. 80 Prozent der Weltraum- und Verteidigungsindustrie sind in der Republik Russland angesiedelt, 10 Prozent in der Ukraine. Diese Industrien verschlingen zirka 20 Prozent des Haushalts und 80 Prozent der Forschungskredite. Unter diesen Umständen wird die Zentralmacht weiterhin die Aktivitäten bei Forschung, Entwicklung und Konversion leiten wollen.

Bt ■